

ANTRÄGE

1) Barrierefreie Spielplatzgeräte

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Unlängst hatte ich die Möglichkeit, mir in Wien einen barrierefreien Kinderspielplatz anzuschauen und ich möchte diese Idee auch nach Graz holen. Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, dass bei allen diesbezüglichen Baumaßnahmen wie Neubau von Spielplätzen, aber auch bei Austausch und Ersatz von bestehenden Spieleinrichtungen auf vorhandenen Spielplätzen, Spielgeräte und deren Zugänglichkeit so installiert werden, dass sie von allen Kindern mit und ohne Behinderung benutzt werden können. Hier ist zumindest ein Schlüssel wie im Motivenbericht beschrieben anzuwenden. Eben wenn drei Geräte auf einem Spielplatz sind, dass zumindest ein Gerät barrierefrei ist. Der Gemeinderat tritt mit einer Petition an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber heran, um die Steiermärkische Bauordnung auf die Notwendigkeit der Barrierefreiheit von Spielplätzen zu erweitern. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In einer Stadt, die sich zu Recht als besonders behindertenfreundlich bezeichnet, wäre die generelle Einrichtung von integrativen Spielplätzen eine sinnvolle Maßnahme zur Integration von Kindern mit Behinderungen.

Primär ist auf die Barrierefreiheit zu achten. Bei einer Vielzahl von Spielgeräten sind nur geringe Adaptierungen nötig, um diese barrierefrei zu gestalten, z.B. kann allein durch den ebenerdigen Einbau von Karussells eine barrierefreie Zufahrt für

Rollstühle geschaffen werden. Statt in einer üblichen Schaukel kann in einer sog. Vogelnestschaukel sowohl ein behindertes Kind wie ein nicht behindertes Kind schaukeln. Auch sind Geräte sinnvoll, die nicht nur eine motorische, sondern auch eine emotionale Beschäftigung bieten, wie akustische Spielelemente.

Alle Kinder, unabhängig ihrer Fähigkeiten oder Behinderungen, sollen durch die Kriterien barrierefreier Gestaltung alle Spielplätze erreichen und anfahren können. Sie sollen weitgehend unabhängig von fremder Hilfe unterschiedliche Spielgeräte nach freier Wahl benutzen können.

Alle Kinder, im unterstützenden Schutz barrierefreier Planung und barrierefreier Spielgeräte, sollen motiviert werden, eine neue Fähigkeit, eine neue Bewegung und eine neue Erfahrung für sich selbst zu probieren.

Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, vorurteilslos miteinander umzugehen und des anderen besondere Fähigkeit oder Einschränkung als normale Situation zu erleben.

Das Spiel mit solchen Geräten macht Kindern mit und ohne Behinderungen gleichermaßen Spaß und es kann so eine Kommunikation zwischen den Kindern und den Eltern gefördert werden.

Vereinzelt sind auch schon auf Grazer Spielplätzen barrierefreie Geräte installiert. Das Amt für barrierefreies Bauen hat sogar vor Jahren Normen für einen solchen Spielplatz entwickelt.

In der Wiener Bauordnung ist die Notwendigkeit der Barrierefreiheit auf Spielplätzen gesetzlich vorgeschrieben. Ein wie in Deutschland praktizierter Schlüssel – wenn drei Spielgeräte vorhanden, muss zumindest eines barrierefrei sein – sollte im steirischen Baugesetz festgeschrieben werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen,

dass bei allen diesbezüglichen Baumaßnahmen wie Neubau von Spielplätzen, aber auch bei Austausch und Ersatz von bestehenden Spieleinrichtungen auf vorhandenen Spielplätzen, Spielgeräte und deren Zugänglichkeit so installiert werden, dass sie von allen Kindern (mit und ohne Behinderung) benutzt werden können. Hier ist zumindest ein Schlüssel wie im Motivenbericht beschrieben anzuwenden.

Der Gemeinderat tritt mit einer Petition an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber an, um die Steiermärkische Bauordnung auf die Notwendigkeit der Barrierefreiheit von Spielplätzen zu erweitern.

2) Eustacchio-Gründe: 1.) Sanierung der Gehwege

2.) Entsorgung des illegalen Grünschnitts beziehungsweise Altholzes

GR. **Koroschetz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Koroschetz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um die Eustacchio-Gründe, erstens um die Sanierung der Gehwege, zweitens Entsorgung des illegalen Grünschnitts beziehungsweise Altholzes. Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag, der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen mit der beschriebenen Sanierung beziehungsweise Entfernung beauftragen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das bei der Grazer Bevölkerung so beliebte Naherholungsgebiet der Eustacchio-Gründe weist in letzter Zeit einen enormen Sanierungsbedarf in zweierlei Hinsicht auf:

Die Gehwege, die von zahlreichen Spaziergängern, Sportlern und Hundehaltern benützt werden, sind nach Regenfällen oft tagelang nur mit Regentiefeln benutzbar. Berufstätige Grazer, die auf dem Weg zur Haltestelle der Linie 6 „Terrassenhaussiedlung“ die Gehwege benützen wollen, scheitern an der starken Verschmutzung ihres Alltagsschuhwerks.

Leider entsorgen zahlreiche Anrainer ihren Grünschnitt auf dem gegenständlichen Areal, was zu einer gehörigen Verschandelung des Naherholungsgebietes führt. Darüber hinaus liegt sehr viel vermorschendes Altholz auf dem Gelände, was zum einen für spielende Kinder nicht ungefährlich ist und zum anderen auch nicht zum Erscheinungsbild beiträgt.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-GR-Clubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen mit der beschriebenen Sanierung bzw. Entfernung beauftragen.

3) Erneuerung der Fahrradständer auf Höhe der Firma Leiner in der Annenstraße

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Kvas**: Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Motto Rad und Einkauf läuft im heurigen Jahr der Radschwerpunkt des

Verkehrsressorts des Landes Steiermark. Die Stadt Graz beteiligt sich an der Kampagne, die das Fahrrad als vernünftige Alternative für kurze Strecken in dicht besiedelten Gebieten forciert und somit zu einer umweltbewussteren Mobilität animiert. Dabei gewinnt nicht nur die Natur, sondern auch die Gesundheit der einzelnen Radfahrer und Radfahrerinnen. Damit die GrazerInnen auf das Fahrrad umsteigen, muss die Stadt Graz jedoch die entsprechende Infrastruktur für Fahrradabstellplätze beziehungsweise Fahrradständer auf öffentlichen Verkehrsflächen zur Verfügung stehen. Sechs solcher betonierte Fahrradständer befinden sich auf einer öffentlichen Verkehrsfläche auf Höhe der Firma Leiner am Grazer Hauptbahnhof.

Zwischenruf GRin. Krامل: Antragstext.

Mag. **Kvas**: Ok, ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Abteilungen wollen die unbrauchbaren betonierte Fahrradständer auf der Höhe der Firma Leiner am Grazer Hauptbahnhof durch brauchbare neue Fahrradständer ersetzen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Unter dem Moto „Rad und Einkauf“ läuft im heurigen Jahr der Radschwerpunkt des Verkehrsressorts des Landes Steiermark.

Die Stadt Graz beteiligt sich an der Kampagne, die das Fahrrad als vernünftige Alternative für kurze Strecken in dicht besiedelten Gebieten forciert und somit zu einer umweltbewussteren Mobilität animiert. Dabei gewinnt nicht nur die Natur, sondern auch die Gesundheit der einzelnen Radfahrer. Damit die Grazer/-innen auf das Fahrrad umsteigen, muss die Stadt Graz die entsprechende Infrastruktur für Fahrradabstellplätze beziehungsweise Fahrradständer auf öffentliche Verkehrsflächen zur Verfügung stellen. 6 solche betonierte Fahrradständer befinden sich auf einer öffentlichen Verkehrsfläche auf Höhe der Firma Leiner am Grazer Hauptbahnhof. Von diesen 6 betonierte Fahrradständer sind jedoch seit geraumer Zeit die Hälfte unbrauchbar, weil das Rad dort nicht abgestellt werden kann, da es keinen Halt hat und somit umfällt bzw. sich das Rad beim Abstellen in den vorgesehenen Ständer so weit nach links neigt, dass das Fahrrad den angrenzenden Pkw-Parkplatz partiell behindert. Dieser Umstand zwingt viele Radfahrer, dass sie ihre Fahrräder neben den vorgesehenen Fahrradständern stellen. Darüber hinaus können die Fahrräder an den betonierte Fahrradständer nicht angekettet werden. Eine solche Möglichkeit des Ankettens der Fahrräder würde einen größeren Schutz vor Diebstahl bieten.

Ich stelle daher namens der ÖVP Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g,

die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen die unbrauchbaren betonierte Fahrradständer auf der Höhe der Firma Leiner am Grazer Hauptbahnhof durch brauchbare neue Fahrradständer ersetzen.

4) Aufrechterhaltung der IC-Verbindung Graz-Linz der ÖBB

GR. **Mayr** stellt namens der ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich einmal sehr herzlich bedanken für die gemeinsame Unterstützung des wichtigen Anliegens. Es ist das Gerücht aufgekommen und hat sich leider auch bestätigt, dass im Fahrplan 2010 der ÖBB vorgesehen ist, die direkte IC-Verbindung, also ohne Umsteigen zwischen Graz und Linz, komplett einzustellen, es würde daher nur mehr die Verbindung über Umstiegsvarianten in einer Art Regionalverbindung geben und dahin geht der Antrag, dass das bestmöglich abgewehrt werden soll. Bisher steht die ÖBB auf dem Standpunkt, wenn die beiden Länder Steiermark und Oberösterreich nicht zuzahlen, kommt es zu dieser Variante.

Der Antrag jetzt aller Fraktionen geht dahin, die zuständigen Stellen der Stadt Graz, natürlich auch den Herrn Bürgermeister, zu bitten, mit einer Petition die Bundesregierung, das Verkehrsministerium und natürlich auch die ÖBB aufzufordern, die direkte IC-Verbindung Graz-Linz im Personenverkehr auch im Fahrplan 2010 aufrecht zu erhalten und mittelfristig natürlich auszubauen. Darüber hinaus geht es aber auch darum, den Infrastrukturprojekten der Pyhrnbahnstrecke eine höhere Priorität einzuräumen und in diesem Zusammenhang mit den betroffenen Ländern wieder in Verhandlungen zu treten. Damit diese Linie auch in Zukunft funktionieren wird und auch eine Erweiterung erfahren wird, ist es natürlich ganz wesentlich, dass die Infrastruktur in diesem Bereich auch adaptiert wird. Dahingehende Projekte, die bisher nicht zustande gekommen sind, sollten wieder eine höhere Priorität erhalten. Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch ganz herzlich beim Kollegen Hagenauer bedanken, der in diesem Themenbereich auch natürlich schon im Landtag früher sehr viel zum Thema gemacht hat und ich hoffe, dass wir in dem Bereich der Pyhrnbahnstrecke, neben den anderen Ausbauvarianten ist das Thema jetzt etwas zurückgestuft worden, wieder etwas weiterkommen werden. Vielen herzlichen Dank noch einmal für die Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die für den Personen-, Fern- wie Nahverkehr wichtige Bahnverbindung Graz-Linz zwischen den beiden größten Landeshauptstädten Österreichs droht nach den Plänen der ÖBB ab dem Fahrplan 2010 noch weiter zu verkommen, nämlich zu einer Regionallinie ohne direkte IC-Verbindung. Die Forderung der ÖBB nach millionenschwerer Zuzahlung der Länder für die Aufrechterhaltung dieser Verbindung ist klar abzulehnen. Darüber hinaus sollte dem infrastrukturellen Ausbau der Pyhrnbahnstrecke wieder Priorität eingeräumt werden, damit diese wichtige internationale Verkehrsachse eine Chance auf eine weitere positive Entwicklung bekommt.

Ich stelle daher namens der Fraktionen von ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ, KPÖ und BZÖ den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen per Petition die Bundesregierung, das Verkehrsministerium und die ÖBB dringend ersuchen, die direkte IC-Verbindung Graz-Linz im Personenverkehr auch im Fahrplan 2010 aufrecht zu erhalten und mittelfristig auszubauen sowie den Infrastrukturprojekten der Pyhrnbahnstrecke eine höhere Priorität einzuräumen und in diesem Zusammenhang mit den betroffenen Ländern wieder in Verhandlungen einzutreten.

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.55 Uhr den Vorsitz.

5) Englischsprachige Ansage und Beschriftung bei den Grazer Verkehrsbetrieben

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Molnar**: Englischsprachige Ansage und Beschriftung bei den Grazer Verkehrsbetrieben. Gerne präsentiert sich die Landeshauptstadt Graz als Tourismus- und Kongress-Stadt. Doch werden Gäste, die in Graz ankommen am Bahnhof oder am Flughafen, leider mit dem Problem konfrontiert, dass sie keine englischsprachigen Informationen über die Verkehrslinien bekommen beziehungsweise Ansagen. Deswegen würde ich es sinnvoller halten, englischsprachige Ansagen auf den stark frequentierten Tourismuslinien wie Hauptbahnhof-, Hauptplatz dort einzuführen und Informationstafeln auf den Haltestellen. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Abteilung der Graz AG beauftragen, diese Maßnahmen in die Wege zu leiten. Danke.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerne präsentiert sich die Stadt Graz als Tourismus- und Kongress-Stadt.

In einer modernen Tourismus- und Kongress-Stadt sollte es möglich sein, dass sich auch nicht deutschsprachige Gäste orientieren können.

Gäste, die unsere schöne Landeshauptstadt Graz über den Flughafen oder den Bahnhof erreichen und danach mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiterfahren, bekommen nur in deutscher Sprache akustisch (über die Ansage in der Straßenbahn bzw. im Bus und Info-Screen in den Fahrzeugen) und in gedruckter Form (in Form von Informationstafeln) Informationen. Sinnvoll wäre es daher, auf Linien nur auf diesen, die stark von Touristen genutzt werden, z. B Hauptbahnhof-Hauptplatz oder Messhalle - die Tonbandansage auch in englischer Sprache abzuspielen und Infotafeln über den öffentlichen Verkehr auch auf Englisch anzubieten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Abteilung der Graz AG beauftragen, diese Maßnahmen in die Wege zu leiten.

6) Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Jungunternehmer

GR. **Neumann** stellt folgenden Antrag:

GR. **Neumann**: Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Es geht um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Jungunternehmer. Für Jungunternehmer ist es definitiv heute sehr schwer bis unmöglich, an öffentliche Aufträge zu kommen. Meist gibt es diverse unerfüllbare Kriterien die Referenzen, Mitarbeiterzahl, Umsatzgrenzen etc. Auf der anderen Seite ist ein öffentlicher Auftrag ein enormer Wachstumsschub für ein Unternehmen und kann damit natürlich zu Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Um in Zukunft vermehrt in das Wachstum von jungen, dynamischen und kreativen Unternehmen zu investieren, möge der Gemeinderat beschließen, verstärkt Aufträge der Stadt Graz an Jungunternehmer und Jungunternehmerinnen zu vergeben sowie den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern. Danke sehr (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Für Jungunternehmer/Innen (Definition Unternehmer/In unter vierzig beziehungsweise in den ersten drei Jahren der Selbstständigkeit) ist es sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, an öffentliche Aufträge zu kommen. Meist fehlen die Kontakte, die Referenzen oder vorgegebene Umsatzkennzahlen. Aber gerade ein öffentlicher Auftrag kann zum Wachstumsschub für ein junges Unternehmen und damit verbunden zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen.

Auch sind solche Unternehmen bei gleicher Qualität der Leistung meist deutlich günstiger als alteingesessene Firmen. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Grund, zukünftig mehr die Jungen zum Zug kommen zu lassen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Um in der Zukunft vermehrt in das Wachstum von jungen, dynamischen und kreativen Unternehmen zu investieren, möge der Gemeinderat beschließen, verstärkt Aufträge der Stadt Graz an JungunternehmerInnen zu vergeben sowie den Zugang zu öffentliche Aufträgen zu erleichtern.

7) Überprüfung und Entfernung illegaler Fahrradabstellplätze in der Inneren Stadt

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Pogner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um die Überprüfung und Entfernung illegaler Fahrradabstellplätze.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass Fahrräder, die auf nicht als Fahrradabstellplätzen gekennzeichneten Bereichen der Inneren Stadt stehen und dadurch Behinderungen hervorrufen, entfernt werden, und gleichzeitig überprüft wird, ob nicht eine andere Nutzung dieser Flächen, wie zum Beispiel das Aufstellen eines Gastgartens, die Innere Stadt für die GrazerInnen und auch für die Touristen wieder erheblich aufwerten können. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Fahrradabstellplätze, die nicht gekennzeichnet sind und die in der Inneren Stadt einfach so zu entstehen scheinen, haben sich schon in der Vergangenheit immer wieder zu Problemzonen entwickelt.

Oft „wachsen“ diese Abstellplätze dermaßen an, dass es durch sie zu Behinderungen kommt.

Als Beispiel und besonders augenfällig ist die Situation am Luegg-Haus. Dieses schöne Haus stammt aus dem 13. Jahrhundert und hat eine große touristische Relevanz. Vor diesem Blickfang steht nicht nur eine große Anzahl an Fahrrädern am Eck des Hauses, sondern sie stehen weit in die Sporgasse hinein und auch in den dort befindlichen Arkaden. Dadurch kommt es bereits zu massiven Behinderungen der Fußgänger an der Ecke Sporgasse zum Hauptplatz.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass Fahrräder, die auf nicht als Fahrradabstellplätzen gekennzeichneten Bereichen der Inneren Stadt stehen und dadurch Behinderungen hervorrufen, entfernt werden, und gleichzeitig überprüft wird, ob nicht eine andere Nutzung dieser Flächen, wie z.B. Aufstellen eines Gastgartens, die Innere Stadt für die GrazerInnen und auch unsere Touristen erheblich aufwerten würde.

8) Wohnungen in Graz, Verminderung von Leerstehungen

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Bauer**: Ich möchte hier einen Antrag einbringen, um auch einen Beitrag hier einfordern, um die Leerstehungen seitens der Stadt Graz zu verringern. Der Antrag geht in diese Richtung, dass eben Leerstehungen, laut ÖROK-Angaben etwa bei 10.100 Wohnungen derzeit sind. Ich habe auch hier recherchiert, es gibt eine Homepage, über die die Stadt Graz beteiligt ist und sich hier einbringt und hier werden Wohnungen angeboten. Ich bringe den Antrag für einen freiwilligen beziehungsweise Aktivität der Stadt Graz insbesondere deshalb ein, weil ich davon ausgehe und wir davon ausgehen, dass genau die ordnungspolitischen Vorgaben die bereits heute in der Fragestunde diskutiert wurden, aus finanzverfassungsrechtlichen eigentumsrechtlichen, verwaltungstechnischen Ansätzen nicht durchführbar sind. Ich möchte mit meinem Antrag eine Initiative starten, genau die SWIS bezüglich diese Homepage über der Wohnungen angeboten werden können, dahingehend zu evaluieren, zu überprüfen, dass es für VermieterInnen, für jene, die die Wohnungen derzeit noch horten, attraktiver wird beziehungsweise dass eben genau hier das Angebot gesteigert wird. Demzufolge stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu beauftragen, eine Evaluierung der SWIS durchzuführen und dem Gemeinderat einen Bericht mit den Ergebnissen sowie mit Verbesserungsvorschlägen bis zur September-Sitzung vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Für den Raum Graz wird Prognosen zu Folge erwartet, dass einerseits die Anzahl der Haushalte von derzeit rund 170.000 auf 185.000 im Jahr 2016 steigen wird und dass andererseits auch die Ansprüche hinsichtlich Ausstattung und Fläche von Wohnungen wachsen werden.

Dem wachsenden Bedarf kann durch Neubau - für die Stadt Graz wird es wesentlich sein, den Neubau von Gemeindewohnungen voranzutreiben - oder auch durch vollständige Nutzung des vorhandenen Bestandes Rechnung getragen werden. Somit gilt es, Leerstellungen weitestgehend zu vermeiden.

Ordnungspolitische kommunale Ansätze werden an finanzverfassungsrechtlichen, eigentumsrechtlichen und verwaltungstechnischen – was ist tatsächlich eine Leerstellung? – Grenzen Halt machen.

Das Potenzial der Grazer Leerstellungen befindet sich nach ÖROK Angaben - Wohnungen ohne Wohnsitzbevölkerung - für 2001 bei 10.085 Wohnungen und sollte bis 2031 auf 18.721 steigen. Vollständigerweise wird von meiner Seite noch auf eine sorgfältige Dateninterpretation dieser Zahlen hingewiesen, weil hier auch Wohnungen, die beispielsweise wegen Baufälligkeit nicht bewohnbar sind, enthalten sind.

Eine wichtige Aufgabe im privaten Wohnbereich ist es, Angebot und Nachfrage, VermieterInnen und MieterInnen, zusammenzubringen. Die Stadt Graz betreibt eine Homepage – SWIS –, über die VermieterInnen ihre Wohnungen anbieten können. Eine Abfrage von heute weist ein Angebot von 361 Mietwohnungen und 32 Eigentumswohnungen für die Stadt Graz aus.

Wenn man dieses Angebot auf der städtischen Homepage mit jenen von anderen Internetseiten vergleicht, ist klar: Die städtische Initiative der Wohnungsvermittlung ist dringend einer Überprüfung zu unterziehen, es braucht Verbesserungen. Ein höherer Bekanntheitsgrad und eine benutzerInnenfreundlichere Gestaltung sowohl für VermieterInnen als auch für Wohnungssuchende ist auf jeden Fall wünschenswert. Auch ein Vermieterleitfaden, um insbesondere Unsicherheiten von nicht professionellen, privaten Vermietern auszuräumen, würde das Service rund um das Angebot verbessern.

Demzufolge stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt zu beauftragen, eine Evaluierung der SWIS durchzuführen und dem GR einen Bericht mit den Ergebnissen sowie mit Verbesserungsvorschlägen bis zur September Sitzung vorzulegen.

StRin. **Kahr**: Nur zur Geschäftsordnung, es ist schade, dass ich das nicht schon vorher gewusst hätte, weil sonst hätte sich das erübrigt, weil die Zugriffe auf das SWIS sind täglich, gehen über die Tausende, also das, was ab jetzt ist...

Zwischenruf GRin. Mag.^a Bauer unverständlich.

StRin. **Kahr**: Das ist klar, aber ein Großteil ist Graz und da wir mit diesem Instrument auch tagtäglich fast arbeiten, ist eine weitere Bewerbung für...

Zwischenruf GR. Mag. Bauer: Nachgefragt wird, aber das Angebot gehört verbessert.

StRin. **Kahr**: Ja, das wird nicht über das SWIS möglich sein.

9) Entschärfung einer Gefahrenstelle in der Murfelderstraße

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um ein gefährliches Teilstück in der Murfelderstraße, das keinen Gehsteig hat und in einem Kreuzungsbereich liegt, Kreuzungsbereich Gasrohrsteg und Rainweg, das heißt, es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen auf Grund der Frequenz von FahrradfahrerInnen, von FußgängerInnen und AutofahrerInnen und in der letzten Woche war eine ganz sensible Situation mit einem Kinderwagen. Deshalb mein Antrag.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen sollen beauftragt werden, dieses Teilstück der Murfelderstraße mit einem Gehsteig auszustatten und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit durchzuführen, um hier die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen zu gewährleisten (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei der verkehrstechnischen Neugestaltung der Murfelderstraße wurde an der rechten Seite stadteinwärts ein durchgängiger Gehsteig gebaut, um die Sicherheit der Fußgänger zu gewährleisten. Ein kurzes Teilstück wurde aber ohne Gehsteig errichtet – gerade im Kreuzungsbereich Rainweg und Gasrohrsteg.

Das Fehlen dieses Gehsteiges in diesem sehr stark frequentierten Kreuzungsbereich (FußgängerInnen, RadfahrerInnen und AutofahrerInnen) stellt ein hohes Gefährdungspotenzial für FußgängerInnen dar, da sie gezwungen werden, in diesem

Teilstück die Fahrbahn zu benutzen. Eine bestehende 30-km-Beschränkung verhindert gefährliche Verkehrssituationen nicht und stellt keinen ausreichenden Schutz dar, wie ein Vorfall in der letzten Woche dies wieder bestätigte.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen zu beauftragen, dieses Teilstück der Murfelderstraße mit einem Gehsteig auszustatten und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit durchzuführen (quer zur Straße angelegte blinkende Lichter, Schwellen ...), um hier die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen zu gewährleisten.

10) Alkoholverbot am Bahnhofsvorplatz

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Herr Vorsitzführender, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle den Antrag Alkoholverbot am Bahnhofsvorplatz namens der sozialdemokratischen Fraktion, die zuständigen Abteilungen mögen beauftragt werden, die Vorbereitungen für die Umsetzung eines Alkoholverbots für den Bahnhofsvorplatz zu treffen, damit eine entsprechende Verordnung ehestmöglich zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz gibt es bereits an einigen Stellen und auf einigen Plätzen Alkoholverbote, zuletzt wurde im Gemeinderat ein solches für das Universitätsviertel beschlossen.

Auch in der Umgebung des Hauptbahnhofes – insbesondere auf dem Bahnhofsvorplatz und dem Europaplatz – wird von der Bevölkerung immer wieder ein Alkoholverbot gefordert. Dies scheint auch nach Rücksprache mit den zuständigen Exekutivorganen ein sinnvoller Schritt zur Beruhigung der Situation in der Umgebung des Bahnhofs zu sein.

Um unseren Gästen und den vielen Grazerinnen und Grazern, die den Bahnhof frequentieren, diese unzumutbare Situation in Zukunft zu ersparen, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Abteilungen mögen beauftragt werden, die Vorbereitungen für die Umsetzung eines Alkoholverbots für den Bahnhofsvorplatz zu treffen, damit eine entsprechende Verordnung ehestmöglich zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

11) Ausbesserung des Straßenbelags der Radegunderstraße im Gehsteigbereich zwischen Popelkaring und Rafnitzweg

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Ausbesserung des Straßenbelags der Radegunderstraße im Gehsteigbereich zwischen Popelkaring und Rafnitzweg. Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Straßenamt raschest zu beauftragen, den besagten Straßenteil der Radegunderstraße zu sanieren, um die Benutzung des Gehsteigs auch bei Regenfällen zu ermöglichen, ohne durch Schmutzwasserfontänen die PassantInnen in Mitleidenschaft gezogen werden (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf der Höhe der Radegunderstraße 118 bis 120 zwischen der Siedlung Popelkaring (Bushaltestelle) und Rafnitzweg wurde vor Jahren ein Gehsteig errichtet. Leider ist über die Jahre hinweg in diesem Bereich der Straßenbelagzustand der Radegunderstraße sehr schlecht geworden, es entstanden tiefe Mulden, Löcher und der Belag hängt nach außen hin zum Gehsteig. Mit dem Ergebnis, dass bei Regenfällen in diesem Bereich riesige Wasserpfützen auf der Fahrbahn entstehen; weil Fahrzeuge aber diesen Pfützen nicht ausweichen können, werden die FußgängerInnen auf dem Gehsteig durch die Schmutzwasserfontänen in Mitleidenschaft gezogen. Viele weichen deshalb diesem Bereich aus und wechseln die Straßenseite, was wiederum zu gefährlichen Situationen führt.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Straßenamt raschest zu beauftragen, den besagten Straßenteil der Radegunderstraße zu sanieren, um die Benutzung des Gehsteigs auch bei Regenfällen zu ermöglichen, ohne durch Schmutzwasserfontänen in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

12) Mehr Licht in den Parks in St. Leonhard

GR. Herper stellt folgenden Antrag:

GR. Herper: Lieber Gerhard, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Sicherheit in den Parkanlagen. Nachdem wir feststellen konnten, dass ausgehend im Bezirk Leonhard, Matthey-Park, Schillerpark, Felix-Dahn-Platz, Tegetthoffpark Futzi Beleuchtungen existieren, und das wird es wahrscheinlich nicht nur dort geben, stelle ich den

A n t r a g :

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, die Beleuchtung und die Lichtquellen in den Grazer Parkanlagen zu überprüfen und ein entsprechendes Beleuchtungs-Konzept dem zuständigen Ausschuss bis zur ersten Gemeinderatssitzung im Herbst vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

BesucherInnen der Parkanlagen in fast allen Grazer Stadtbezirken klagen zu abendlicher und nächtlicher Stunde über mangelnde Beleuchtung und sorgen sich um ihre Sicherheit. So sind beispielsweise im Bezirk St. Leonhard im Schillerpark nur drei kleinere Leuchten vorhanden, im Lessingpark detto und am Felix-Dahn-Platz vier Leuchten; auch der Tegetthoff- und Matthey-Park sind mangelhaft beleuchtet.

Sicherheit – und nicht nur subjektiv empfundene – hat im Wahrnehmen und Alltagsleben insbesondere von BesucherInnen, von älteren Menschen und SchülerInnen einen stetig wachsenden Stellenwert.

Deshalb stelle ich namens der SPÖ Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, die Beleuchtung und die Lichtquellen in den Grazer Parkanlagen zu überprüfen und ein entsprechendes „Beleuchtungs-Konzept“ dem zuständigen Ausschuss bis zur ersten Gemeinderatssitzung im Herbst vorzulegen.

13) Christopher Street Day

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag bezieht sich auf den Christopher Street Day am 27. Juni 2009, ist das nächste Mal dieser weltweite Gedenk- und Demonstrationstag für die Rechte und gegen Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen. Aus diesem Grunde stelle ich folgenden Sammelantrag: Erstens an Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl, dass er als Bürgermeister der Menschenrechtsstadt im Rahmen dieses Christopher Street Day 2009 ein sichtbares Zeichen setzt, sei es durch persönliche Begrüßung, durch ein Grußwort, aber auch durch die Beflaggung der Fahnenmasten des Rathauses mit Regenbogenfahnen. Zweitens an Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker, diese Beflaggung des Rathauses kostenfrei durchzuführen, wie auch im vorigen Jahr und die bereits angebahnte Unterstützung der Wirtschaftsbetriebe zur Verfügung zustellen. Drittens an Herrn Kollegen Stadtrat Rüscher nach wie vor, wie bisher auch, die Aktivitäten des Vereines Rosalila PantherInnen, die zur Förderung der Akzeptanz und zum Abbau von Diskriminierungen arbeiten, zu unterstützen etwa durch die Subventionierung des Tuntenballs im Ausmaß der Höhe der sogenannten Lustbarkeitsabgabe, wie das bisher auch schon einmal erfolgt ist. Viertens, an die Zuständigkeit von Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, im Rahmen der offenen mobilen Jugendarbeit speziell auch Maßnahmen zu berücksichtigen, die die Förderung der Akzeptanz von

homosexuellen, bisexuellen und transgender-Personen ermöglichen. Fünftens an unsere neue Kollegin, Frau Stadträtin Grabner, in ihrer Zuständigkeit für das Stadtschulamt auch spezielles Augenmerk zu legen auf Unterrichtsmaterialien, begleitende, an den Schulen, für die Sie mit zuständig sind, die im Sinne von Aufklärungs- und Akzeptanzförderung wirken können. Materialien gibt es zum Teil, vielleicht ist es auch möglich, Dinge in Auftrag entwickeln zu lassen. An Stadträtin Elke Edlinger, die jetzt gerade nicht da ist, speziell Projekte im Rahmen ihrer Frauenförderung, speziell Projekte für lesbische Frauen zu berücksichtigen und darzustellen, in welchem Umfang das bisher erfolgt ist. Im Bereich Kultur, Gesundheit usw. an Herrn Stadtrat Dr. Riedler, wie auch schon mit ihm einmal besprochen, einen Kulturpass einzuführen, der auch sogenannte Queer Families umfasst, das heißt, Familien mit zwei gleichgeschlechtlichen Ehepartnerinnen oder Ehepartnern und auch an das Land heranzutreten, diesbezüglich Verbesserungen bei dem bisherigen Modell vorzunehmen. Dann an dich, liebe Elke Kahr, zu untersuchen, inwieweit die Zuweisung von städtischen Wohnungen auch gleichgeschlechtlichen Paaren zusteht oder ob es da Hinderungsgründe gibt, ob es darüber...

Zwischenruf StRin. Kahr: Da muss ich eine tatsächliche Berichtigung machen.

GRin. Mag.^a **Grabe:** Ja, kannst du ja dann gleich, das ist einfach eine Frage zu berichten, ob man darüber etwas weiß und an den Herrn Stadtrat Eustacchio, der jetzt auch nicht da ist, aber zuständig ist für den Vollzug der Lehrlingsausbildung, ein Modell vorzulegen, wie auch in diesem Bereich bei den Lehrlingen Anerkennung und Grundbegriffe von Menschenrechten vermittelt werden können. Insgesamt bedeutet dieser Antrag auch, dass es bis zur nächsten Gemeinderatssitzung am 25. Juni, also ein paar Tage vor dem Christopher Street Day, einen Bericht geben soll über die bisherigen und die künftigen Tätigkeiten in diesem Bereich. Danke.

StR. **Kahr**: Ich denke, es ist generell, weil sonst kriegt man den Antrag, den kriegen dann nur wieder ein paar Wenige zu lesen und das schadet, denke ich nicht, wenn jeder Mandatar und jede Mandatarin hier im Haus weiß, dass es, was den Zugang zu Gemeindewohnungen betrifft, keine Beschränkung gibt, also wir fragen die Menschen nicht, welche sexuelle Orientierung sie haben, das ist das eine. Gott sei Dank ist das nicht so, es gibt auch ein Novum, das war nicht immer so, dass auch Lebenspartnerinnen/Lebenspartner das Eintrittsrecht haben, das ist, seit die KPÖ dieses Ressort über hat, und untersucht werden wir das sicherlich nicht, weil es gibt so etwas wie einen Datenschutz und wir fragen unsere Mieter und Mieterinnen nicht, welche sexuelle Orientierung sie haben (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Am letzten Samstag im Juni findet bekanntlich nahezu weltweit traditionellerweise der Christopher Street Day (CSD) statt, der LGBT(LesBiSchwulTransgender)-**Gedenk- und -Demonstrationstag** für die Rechte und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen, der heuer zum zweiten Mal auch in Graz mit entsprechenden Aktivitäten begangen wird.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Grünen Gemeinderatklubs den

A n t r a g

an

1) Bgm. Mag. Siegfried Nagl

... dass Sie als Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz im Rahmen des Christopher Street Day 2009 ein **sichtbares Zeichen der Anerkennung für das Engagement von AktivistInnen aus LBGT-Organisationen** und gegen menschenrechtswidrige Diskriminierung setzen und z.B. durch Aktivitäten wie Begrüßung, Grußwort, Rathausempfang sowie mit der Beflaggung der

Fahnenmasten vor dem Rathaus (Regenbogenfahnen) dem Menschenrechtsengagement der Stadt Graz Ausdruck verleihen,

2) Bgm.-StVin Lisa Rücker

... dass du als Verantwortliche für die Wirtschaftsbetriebe auch heuer wieder die CSD-Aktivitäten durch Ermöglichung der **kostenfreien** Durchführung der **Rathausbeflaggung und durch Mithilfe der Wirtschaftsbetriebe** (Zurverfügungstellen von Veranstaltungsbühne und Infrastruktur) unterstützt und zum Gelingen der Veranstaltung maßgeblich beiträgst,

3) StR Univ. Doz. DI Dr. Rüschi

... dass Sie aus Ihrem Ressort wie bisher auch **Aktivitäten des Vereins Rosalila PantherInnen zur Förderung der Akzeptanz und zum Abbau von Diskriminierungen von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen auch finanziell unterstützen** - etwa durch die gesicherte **Subventionierung des Tuntenballs in der Höhe der Lustbarkeitsabgabe**, damit die Einnahmen aus der Ballveranstaltung in größtmöglichem Ausmaß der Beratungstätigkeit, Aufklärungsarbeit, Erstellung von Informationsmaterialien etc. zugute kommen können,

4) StR Eisel-Eiselsberg:

...dass innerhalb bestehender Tätigkeiten des Jugendressorts, wo laut Website „**im Rahmen von offener und mobiler Jugendarbeit** [...] eine breite Palette von Angeboten eingerichtet, gefördert bzw. sichergestellt [wird] unter Berücksichtigung sozialer, interkultureller und geschlechtsspezifischer Schwerpunkte" **speziell auch Maßnahmen berücksichtigt/eingeführt werden, die die Förderung der Akzeptanz von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen ermöglichen**,

5) StRin Mag.a (FH) Grabner

... in Ihrer Zuständigkeit für das Stadtschulamt spezielles Augenmerk auf begleitende **Unterrichtsmaterialien** zu legen, die Vorurteilen entgegenwirken, aufklären helfen und die Förderung der Akzeptanz von homosexuellen, bisexuellen und Transgender-Personen ermöglichen (z.B. Unterrichtsmaterialien, die von österreichischen/Grazer LBGT-Organisationen: Rosalila PantherInnen, Aqueerium etc. erstellt worden sind

oder im Auftrag der Stadt Graz erstellt werden),

6) StRin Elke Edlinger

... im Rahmen der Umsetzung von frauenspezifischen Projekten und der Zuständigkeit für Subventionen im Frauenbereich auch **speziell Projekte für lesbische Frauen** (Kultur, Gesundheit, ...) zu berücksichtigen sowie der Umfang von Aktivitäten in diesem Bereich aufzulisten,

7) StR Dr.Riedler

...dass ein **Kultur-Familienpass** der Stadt Graz, der auch Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern ("**Queer Families**", Familien mit Transgender-Elternteilen) einbezieht, eingeführt wird, und an die entsprechende Stelle des Landes Steiermark herangetreten wird, dies ebenfalls zu tun bzw. in bereits vorhandenen Fällen auch die entsprechende angepasste Namensgebung zu ermöglichen,

8) StRin Kahr

...zu untersuchen und zu berichten (Ausschuss, Gemeinderat), inwieweit bei der **Zuweisung von städtischen Wohnungen** auch gleichgeschlechtlichen Paaren dieselben Möglichkeiten zustehen wie verschiedengeschlechtlichen

und

9) StR Mag. (FH) Eustacchio

...ein Modell auszuarbeiten, wie die Stadt Graz als Menschenrechtsstadt ihren **Lehrlingen** zusätzlich zum bestehenden Berufsschulangebot **Grundbegriffe von Menschenrechten** (insbesondere hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung) sowie ein Grundverständnis für die Rechte homosexueller und anderer diskriminierter Menschen und die **Bedeutung des Christopher Street Day** vermittelt.

Alle Mitglieder der Stadtregierung werden ersucht, den Umfang von bisher getätigten bzw. künftig zu erwartenden Aktivitäten im genannten Bereich zu eruieren und darüber in der nächsten Gemeinderatssitzung am 25. Juni 2009 zu berichten.

14) Erstellung eines Kinder- und Jugendlichen-Armutsberichtes für die Stadt Graz

GR. **Baumann** stellt folgenden Antrag:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann mich nicht ganz so kurz halten. Bei meinem Antrag geht es um eine Erstellung eines Kinder- und Jugendlichen-Armutsberichtes für die Stadt Graz. Wie kann man in einem der reichsten Länder der Welt von Armut sprechen? Armut ist in unseren Köpfen häufig mit Bildern von der Not in Entwicklungsländern verknüpft, mit Obdachlosigkeit, Hunger, Krankheit, Kinderarbeit, Krieg und Gewalt. Es ist leicht, Armut inmitten des wohlhabenden Europas in unserer Konsumgesellschaft zu übersehen. Und dennoch gibt es auch in der industrialisierten Welt Armut, denn diese misst sich vor allem im Vergleich. Wenn zum Beispiel fast alle Kinder in den Ferien einmal für ein paar Tage wegfahren, dann fühlen sich jene arm, die davon zu Schulbeginn nicht berichten können. Wenn Schulkolleginnen und Schulkollegen hauptsächlich über das Handy und Internet kommunizieren, dann ist das für jene schwierig, dabei zu sein, die sich diese Kommunikationsmittel nicht leisten können. Soziale Teilhabe ist nur möglich, wenn die Möglichkeiten für alle in etwa ähnlich sind. Unbestritten ist, dass jemand, der weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in einem Land zur Verfügung hat, armutsgefährdet ist. Kommen dann noch zwei oder mehr Probleme in einem zentralen Lebensbereich dazu, dann spricht man von manifester Armut. Kinder tragen ein größeres Armutsrisiko. Kinder in Österreich sind nicht von einem Armutsrisiko an und für sich betroffen, dieses entsteht erst, wenn mehrere Faktoren zusammen kommen. Kinderarmut ist ungleich verteilt. Mehr als ein Drittel der armutsgefährdeten Kinder lebt in Haushalten mit drei und mehr Kindern. Allein erziehende Haushalte haben ein Armutsrisiko von 24%; und in Haushalten von nicht erwerbstätigen AlleinerzieherInnen ist sogar jede zweite Person armutsgefährdet. Jedes dritte armutsgefährdete Kind kommt aus einer Familie mit Migrationshintergrund; bei diesen Familien verfestigt sich Armut besonders häufig. Und auch eine Arbeitslosenrate von Jugendlichen um 10 % und mehr Prozent erhöht das Armutsrisiko der jungen Menschen.

Was ist Kinderarmut? Die Statistik über Einkommen und Lebensumstände in den Mitgliedsstaaten der EU fragt neben den monetären Faktoren nach der Verfügbarkeit

vielerlei Dinge des alltäglichen Lebens: die Möglichkeit, sich neue Kleidung zu kaufen oder unerwartete Ausgaben zu begleichen, sich erstrebenswert geltende Güter zu kaufen und Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen. Relevant ist auch der Zustand der Wohnung und des Wohnumfeldes.

Dieses Fragenset muss speziell in Hinblick auf Kinder weiter entwickelt werden: Bildungsfragen werden hier zentral sein, wie zum Beispiel Begleitung bei der Hausübung, zusätzliche Kurse, Sprach-, Kultur-, Sportveranstaltungen. Auch Gesundheitsfragen sind wichtig, wenn man weiß, dass Kinder aus ärmeren Familien übergewichtig sind auf Grund von falscher Ernährung und zu wenig Bewegung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich ersuche, genau bei diesem Thema um die Ausnahme des Vorlesens des reinen Antragstextes, das ist mit Bürgermeister Nagl auch so besprochen. Danke für die Aufmerksamkeit.

StR. Dipl.-Ing. **Rüsch**: Davon hat er mir aber nichts gesagt. Wenn das so ist, dann habe ich auch kein Problem, mir wurde gesagt, dass vereinbart wurde, dass ausschließlich der Antragstext vorgelesen wird.

GR. **Baumann**: Mir hat er was anderes gesagt. Ich werde einen Teil weglassen und kürzen, die Kolleginnen und Kollegen, die an der Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut interessiert sind, können ja von mir den gesamten Text dann noch haben. Ich komme dann zum vorletzten Absatz, bevor ich dann auf den Antragstext komme.

Die Besonderheit der Armut von Kindern liegt darin begründet, dass die Folgen schwer wiegender und die Kinder in der Bewältigung der Situation hilfloser sind. Wie sieht die Situation nun in Graz aus? Wie viele Kinder und Jugendliche sind armutsgefährdet und welche Maßnahmen werden bereits gesetzt, um das Armutsrisiko zu verringern, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und zu bekämpfen, dazu soll ein Kinder- und Jugendlichen-Armutsbericht für die Stadt Graz erstellt werden.

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ;

Die zuständigen Stellen werden ersucht, einen Kinder- und Jugendlichen-Armutsbericht zu erstellen und dem Gemeinderat bis Jahresende 2009 vorzulegen, der folgende Fragen beantworten soll:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche sind in Graz von Armut betroffen bzw. gefährdet?
2. In welchen Familien-, Wohn- und Lebensumfeldern befinden sich diese Kinder und Jugendlichen?
3. Welche kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen hat Armut auf diese Kinder und Jugendlichen?
4. Welche Maßnahmen setzt die Stadt Graz derzeit, um Kinder- und Jugendlichenarmut zu vermeiden?
5. Welche weiteren Maßnahmen sind zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinder- und Jugendlichenarmut geplant?

Danke (*Applaus Grüne*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie kann man in einem der reichsten Länder der Welt von Armut sprechen? Armut ist in unseren Köpfen häufig mit Bildern von der Not in Entwicklungsländern verknüpft, mit Obdachlosigkeit, Hunger, Krankheit, Analphabetismus, Kinderarbeit, Krieg und Gewalt. Es ist leicht, Armut inmitten des wohlhabenden Europa, in unserer Konsumgesellschaft zu übersehen.

Und dennoch gibt es auch in der industrialisierten Welt Armut, denn diese misst sich v.a. im Vergleich: Wenn z.B. fast alle Kinder in den Ferien einmal für ein paar Tage wegfahren, dann fühlen sich jene arm, die davon zu Schulbeginn nicht berichten können. Wenn die Schulkolleginnen und Kollegen hauptsächlich über Handy und

Internet kommunizieren, dann ist es für jene schwierig, dabei zu sein, die sich diese Kommunikationsmittel nicht leisten können. Soziale Teilhabe ist nur möglich, wenn die Möglichkeiten für alle in etwa ähnlich sind.

Unbestritten (weil vergleichsweise einfach messbar und daher wissenschaftlich praktikabel) ist, dass jemand, der weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in einem Land zur Verfügung hat, **armutsgefährdet** ist. Kommen dann noch zwei oder mehr Probleme in einem zentralen Lebensbereich dazu, dann spricht man von **manifestem Armut**.

Kinder tragen ein größeres Armutsrisiko

Kinder sind in Österreich kein Armutsrisiko. Dieses entsteht erst, wenn mehrere Faktoren zusammen kommen.

Kinderarmut ist ungleich verteilt. Mehr als ein Drittel (36%) der armutsgefährdeten Kinder lebt in *Haushalten mit drei und mehr Kindern*. Alleinerziehenden-Haushalte haben ein Armutsrisiko von 24%; und in Haushalten von *nicht erwerbstätigen Alleinerzieherinnen* ist sogar jede zweite Person (47%) armutsgefährdet. Jedes dritte armutsgefährdete Kind kommt aus einer *Familie mit Migrationshintergrund* (35%); bei diesen Familien verfestigt sich Armut besonders häufig. Und auch eine *Arbeitslosenrate von Jugendlichen* um 10 % erhöht das Armutsrisiko der jungen Menschen („Armut und soziale Eingliederung“, Publikation der Statistik Austria: [Till-Tentschert/Lamei](#)).

Was ist Kinderarmut?

Die Statistik über Einkommen und Lebensumstände in den Mitgliedsstaaten der EU ([EU-SILC](#)) fragt neben den monetären Faktoren nach der Verfügbarkeit vielerlei Dinge des alltäglichen Lebens: die Möglichkeit, sich neue Kleidung zu kaufen oder unerwartete Ausgaben zu begleichen, sich erstrebenswert geltende Güter (Handy, PKW, PC, Internet, Geschirrspüler...) zu kaufen und Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen. Relevant ist auch der Zustand der Wohnung und des Wohnumfeldes.

Dieses Fragenset muss speziell in Hinblick auf Kinder weiter entwickelt werden: Bildungsfragen werden hier zentral sein wie z.B. Begleitung bei der Hausübung,

zusätzliche Kurse, Sprach-, Kultur-, Sportveranstaltungen etc. Auch Gesundheitsfragen sind wichtig, wenn man weiß, dass v.a. Kinder aus ärmeren Familien Übergewichtig sind auf Grund von falscher Ernährung und zu wenig Bewegung.

Die europäische Kommission hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die geeignete Indikatoren diskutiert, mit denen soziale Ausgrenzung bzw. Kinderarmut in umfassendem Sinne gemessen werden kann:

<http://www.kinderrechte.gv.at/home/international/eu/content.html>

Bei der Betrachtung von Kinder- und Jugendarmut muss immer auch die Familie gesehen werden, sind es doch nicht die Kinder selbst, die in Armut gelangen, sondern deren Eltern bzw. Erziehungsberichtigte. Und ein kurzer Blick auf Familienarmut, aufgeschlüsselt nach Haushaltsformen (siehe oben), zeigt, dass auch in diesem Bereich die Dimensionen alles andere als beruhigend erscheinen.

Die Gründe für diese Einkommensarmut (= Armutsgefährdung) von Kindern und Jugendlichen bzw. Familien sind mannigfaltig und sollen im Folgenden kurz - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - mit Schwerpunkt auf die beiden am stärksten betroffenen Familientypen dargestellt werden:

Der Status "allein erziehend" bringt mit sich, dass ein Elternteil (in der überwiegenden Mehrzahl Frauen - 87 %) teilweise die gesamte finanzielle Last zu tragen hat.

Oftmals kommt es nach Scheidung/Trennung zu Einkommensausfällen, da Unterhaltszahlungen nicht ausreichend bzw. gar nicht geleistet werden. Die eigene Erwerbstätigkeit muss aufgrund der Betreuungspflicht eingestellt bzw. reduziert werden, die Kosten fürs Wohnen müssen alleine getragen werden etc.

Je mehr Kinder eine allein erziehende Person hat, desto größer ist die Armutsgefährdung, da eine geringere Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit besteht. Je jünger die zu versorgenden Kinder sind, umso höher ist die Armutsgefährdung aufgrund mangelnder Betreuungsangebote vor allem für Kinder unter 3 Jahren. Transferleistungen wie das Kindergeld und die Familienbeihilfe reichen oftmals nicht zur Armutsvermeidung aus.

Bei Familien mit 3 oder mehreren Kindern sind die Ursachen wiederum in der Arbeitslosigkeit, aber auch Überschuldung aufgrund der Differenz zwischen dem Einkommen und dem finanziellen Bedarf während der Familiengründungsphase zu suchen.

Insgesamt sind die "Einkommenskapazitäten" von größeren Familien eingeschränkt. Familieneinkommen sind geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt, da es auf Grund der familieninternen Kinderbetreuung oft nur eine/n Verdienere/in gibt. Ein Einkommen muss für mind. 5 Personen ausreichen. Die Anzahl der Verdienere/Innen ist in diesem Sinn ein zentraler Aspekt.

Ursachen von Armut bei Kindern sind also eine Gemengelage von unterschiedlichsten Faktoren - Arbeitswelt, Bildung, Zugang und Höhe von Sozialtransfers, Infrastruktur (Kinderbetreuung) etc., die auch ein genauso mannigfaltiges Maßnahmenbündel für die Verringerung von Armut erfordern. Quelle: Bericht über die soziale Lage 2001-2002. In: http://www.armutskonferenz.at/armut_in_oesterreich_kinder_sozialbericht2001.htm

Die Besonderheit der Armut von Kindern liegt darin begründet, dass die Folgen schwer wiegender und die Kinder in der Bewältigung der Situation „hilfloser“ sind.

Wie sieht die Situation nun in Graz aus? Wie viele Kinder und Jugendliche sind armutsgefährdet und welche Maßnahmen werden bereits gesetzt, um das Armutsrisiko zu verringern, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und zu bekämpfen? Dazu soll ein **Kinder- und Jugendlichen- Armutsbericht für die Stadt Graz erstellt werden.**

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen werden ersucht, einen Kinder- und Jugendlichen-Armutsbericht zu erstellen und dem Gemeinderat bis Jahresende 2009 vorzulegen, der folgende Fragen beantworten soll:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche sind in Graz von Armut betroffen bzw. gefährdet?

In welchen Familien-, Wohn- und Lebensumfeldern befinden sich diese Kinder und Jugendlichen?

2. Welche kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen hat Armut auf diese Kinder und Jugendlichen?
3. Welche Maßnahmen setzt die Stadt Graz derzeit, um Kinder- und Jugendlichenarmut zu vermeiden?
4. Welche weiteren Maßnahmen sind zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinder- und Jugendlichenarmut geplant?

15) Maßnahmen gegen die Gefährdung durch Bisphenol A in Nahrungsmittel

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um den Stoff Bisphenol A, eine Chemikalie, die sicher Notwendigkeit hat, aber in Plastikflaschen, Babyflaschen, Lebensmittelverpackungen und Ähnlichem sich äußerst gesundheitsgefährdend auswirken kann. Sie greift auf die Gehirnentwicklung unserer Kleinsten ein, sie kann bei Erwachsenen geschlechtsspezifische Krankheiten hervorrufen, eine Sache, die man so ohne weiteres, glaube ich nicht, über sich ergehen lassen dürfte. Das Problem ist jetzt, dass in der EU ein Grenzwert bis vor wenigen Jahren von 10 Mikrogramm pro Kilogramm pro Tag für eine Person gegolten hat und dieser Grenzwert wurde verfünffacht. Es gelten als 50 Mikrogramm pro Kilogramm pro Tag und das ist eine Sache, die zum Beispiel auch Kanadas Gesundheitsbehörden in diesem Fall nicht akzeptieren würden, die haben Bisphenol A bereits als gefährlich klassifiziert und ich glaube, dass in der EU der Profit nicht vor die Gesundheit seiner Bürger zu stellen ist.

Daher unser

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Bisphenol A auf die Liste

der von der EU-Chemikalienverordnung REACH als besonders Besorgnis erregend eingestuft Substanzen gesetzt werde, damit der Einsatz dieser Chemikalie im Lebensmittelsektor vermieden wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Bisphenol A, kurz BPA, ist eine der wichtigsten und meistproduzierten Chemikalien weltweit und wird seit etwa 40 Jahren im großtechnischen Maßstab hergestellt. Dabei wird es z. B. bei Zahnfüllungen und Thermopapier in seiner Grundform benutzt. BPA findet sich aber vor allem auch in Lebensmittelverpackungen aus Polycarbonat, in Plastikflaschen, Babyflaschen, Trinkbechern oder Plastikgeschirr. Auch Konserven- und Getränkedosen oder Milchpackungen sind innen mit BPA-hältigen Epoxidharzen überzogen.

Bisphenol A gehört zu einer Gruppe von Substanzen („Endocrine Disruptors“), die hormonähnlich (Östrogen) wirken können. Es wurde nachgewiesen, dass die Industriechemikalie auch schon bei einer "außerordentlich niedrigen Dosierung" von 0,02 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht das Erbgut schädigen und zum Beispiel das bekannte Down-Syndrom verursachen kann. Der Stoff kann schon in kleinsten Mengen die Gehirnentwicklung bei Föten, Säuglingen und Kleinkindern schädigen und bei Erwachsenen zu Leberschäden, Diabetes und Herzerkrankungen führen. BPA kann eine vergrößerte Prostata, geringe Spermienkonzentration, Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit, verfrühte Pubertät oder Fettleibigkeit hervorrufen. Bei über 90 Prozent der Bevölkerung ist Bisphenol A bereits im Körper nachweisbar.

Wärme, Säuren und Laugen begünstigen das Herauslösen aus dem Kunststoff. Kochendes Wasser beschleunigt die Rate auf das 55-fache. Je länger man Flaschenkost warm hält, je öfter etwa eine Babyflasche oder eine Lerntasse mit heißen Getränken gefüllt oder mit heißem Wasser gespült wird, umso mehr BPA kann sich wieder lösen und in ein Nahrungsmittel übergehen und umso mehr Bisphenol A wird vom Körper aufgenommen. Säuglinge, deren Hormonsystem noch

nicht ausgereift ist, sind besonders gefährdet. Besonders viel BPA löst sich aus dem Kunststoff, wenn etwa eine Babyflasche mit Milch in der Mikrowelle erhitzt wird. Das hat eine Untersuchung von Ökotest ergeben. Die Tester fanden zwischen 67 und 157 Mikrogramm Bisphenol A je Liter.

In kommunalen deutschen Kläranlagen wurde bereits eine Zunahme von Bisphenol A im Klärschlamm beobachtet. Es kommt zudem im Sickerwasser und teilweise auch im Trinkwasser vor. BPA wird mit der Nahrung, durch die Haut oder durch Einatmen von Staub aufgenommen. Aufgrund der großen Produktionsmenge soll Bisphenol A auch schon in Hausstaub zu finden sein.

Rund eine Million Tonnen BPA werden jährlich in Europa hergestellt. Es geht um einen Markt von rund drei Milliarden Euro. Die größten Produzenten sind BAYER, Dow Chemicals und GE Plastics.

Bis 2006 galt ein Grenzwert von 10 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht und pro Tag für die maximal aufgenommene Menge pro Tag. 2007 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) den Grenzwert für Bisphenol A pro Kilogramm Körpergewicht auf europäischer Ebene von 10 auf 50 Mikrogramm/kg pro Tag angehoben. Durch Beschluss der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA ist diese Chemikalie nicht als zulassungspflichtig eingestuft und erscheint nicht in der aktuellen Liste der EU-Chemikalienverordnung REACH.

Wissenschaftler kritisieren auf Basis einer Vielzahl unabhängiger Studien den neuen EU-Grenzwert als viel zu hoch, da schon geringe Mengen des Stoffes erhebliche negative gesundheitliche Auswirkungen haben können. So hat das deutsche Umweltbundesamt wegen möglicher Gesundheitsgefahren das Entfernen der Kunststoff-Chemikalie Bisphenol A aus Babyflaschen und Kindergeschirr gefordert, da besonders das Hormonsystem von Neugeborenen höchst empfindlich ist. Kanadas Gesundheitsbehörde hat Bisphenol A bereits als gefährlich klassifiziert und BPA-hältige Babyflaschen aus Polycarbonat verboten.

Auch in Österreich und in Europa sollte Verbrauchersicherheit vor wirtschaftlichen Interessen stehen. Das Verbot von BPA in Produkten, mit denen Babys und Kleinkinder in Kontakt kommen, sollte im Sinne des Gesundheitsschutzes angestrebt werden. Die raschestmögliche Senkung des Grenzwertes auf den ursprünglichen Wert wäre ein erster begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Bisphenol A auf die Liste der von der EU-Chemikalienverordnung REACH als besonders Besorgnis erregend eingestuft Substanzen gesetzt werde, damit der Einsatz dieser Chemikalie im Lebensmittelsektor vermieden wird.

16) Ermäßigung für Studienkarte des Verkehrsverbundes Steiermark auf 50 % erhöhen

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze nur, es geht darum bei dem Antrag, dass die Ermäßigung für Studierende bei der Semesterkarte des Verkehrsverbundes von 38 auf 50 % erhöht wird. Die Kosten, die daraus entstehen, werden voraussichtlich 360.000, die sich allerdings Bund, Land und Gemeinden, also neben Graz wären auch Leoben und Kapfenberg betroffen, teilen würden. Der Antragstext lautet:

Die Stadt Graz wird bei Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund, dem Bund und dem Land Steiermark versuchen, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu veranlassen, damit die seit dem Jahre 1996 bestehende Vereinbarung zur Finanzierung und Unterstützung einer Studienkarte im Verkehrsverbund Steiermark dahingehend abgeändert wird, dass zukünftig eine Ermäßigung von 50 % für Studierende erzielt werden kann. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Vergleich mit anderen Universitätsstandorten liegt der Steirische Verkehrsverbund und insbesondere die Kernzone Graz (Zone 101), was die Höhe der Preise angeht, im absoluten Spitzenfeld in Österreich. Steirische Studierende bekommen bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln eine Ermäßigung von 38 % auf Semestertickets und ist damit Schlusslicht bei der Ermäßigung für Studierende. Im Zuge der Verhandlungen der Gebietskörperschaften über die Fortführung der Studienkarte hat nunmehr der Bund mitgeteilt, dass eine Erhöhung auf 40 % akzeptabel erscheint. Die anderen Verhandlungspartner erteilten den Anliegen der Studierenden eine Absage.

Studierende sind zur Abdeckung des Lebensunterhalts im Wesentlichen auf die Unterstützung durch die Eltern oder auf staatliche Beihilfen (Familien- und Studienbeihilfe) angewiesen. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen österreichischer Studierender betragen im Sommersemester 2006 € 1.040,--, davon € 214,-- aus Naturalleistungen der Eltern (Quelle: Studierendensozialerhebung 2006). Eine Vergünstigung der Studienkarte ist aus diesem Blickwinkel ein wünschenswertes Ziel. Eine Reduktion des bisherigen Preises der Studienkarte auf 50 % des Preises einer regulären Halbjahreskarte sollte daher angestrebt werden.

Eine Erhöhung der Ermäßigung auf 50 % für Studienkarten würde einen finanziellen Mehraufwand von rund 360.000 Euro pro Jahr bedeuten. An der Finanzierung dieses Mehraufwandes würden sich allerdings Bund, Land und die Stadt Graz beteiligen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz wird bei Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund, dem Bund und dem Land Steiermark versuchen, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu veranlassen, damit die seit dem Jahr 1996 bestehende Vereinbarung zur Finanzierung und Unterstützung einer Studienkarte im Verkehrsverbund Steiermark dahingehend abgeändert wird, dass zukünftig eine Ermäßigung von 50 % für Studierende erzielt werden kann.

17) Gösting Anton-Kleinoscheg-Straße/Exerzierplatzstraße – Errichtung eines Schutzweges für Fußgänger

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Bei meinem Antrag geht es um die Errichtung eines Schutzweges für Fußgänger im Bereich Gösting Anton-Kleinoscheg-Straße/Exerzierplatzstraße und darum ersuche ich im Antragstext die zuständige Stelle des Magistrates, im aufgezählten Bereich einen Schutzweg zu errichten bei der ohnehin schon vorhandenen Verkehrsinsel, damit die Bürger dort gefahrlos auf die andere Seite der Straße kommen und den gesicherten Gehsteig erreichen (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach der Schließung des Bahnüberganges Weixelbaumstraße im Bezirk Gösting wurde im Bereich der Eisenbahnunterführung Exerzierplatzstraße der nordseitige Gehsteig mit einem provisorischen Holzzaun für Fußgänger gesichert. Die Gehsteigsicherung erstreckt sich nun aber weit in die Anton-Kleinoscheg-Straße in Richtung Norden, sodass für die Bewohner der Siedlung im südlichen Teil der Anton-Kleinoscheg-Straße ein Überqueren der stark frequentierten Straße nicht mehr gefahrlos und ohne Umwege in Kauf zu nehmen möglich ist. Viele der Bewohner benutzen nun den südlichen ungeschützten Teil der Eisenbahnunterführung Exerzierplatzstraße, um in das nahegelegene Einkaufszentrum in der Wienerstraße zu gelangen. Gefährliche Situationen mit dem Individualverkehr stehen dabei nicht nur für Kinder an der Tagesordnung.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe im Kreuzungsbereich Anton-Kleinoscheg-Straße zur Exerzierplatzstraße bei der dort ohnehin schon vorhandenen Verkehrsinsel rasch einen Schutzweg mit Verbindung zum nordseitig bereits gesicherten Gehsteig zu errichten, damit die BürgerInnen gefahrlos auf einen gesicherten Gehsteig in Richtung Wienerstraße gelangen.

18) Interkonfessioneller Friedhof – Wohnqualität Kapellenstraße 35-37

GR. **Sippel** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sippel**: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, den interkonfessionellen Friedhof in der Kapellenstraße mit Bäumen und Büschen, die durch ihre Beschaffenheit und Wuchs einen tauglichen Sichtschutz darstellen, zu umrahmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im direkten Blickfeld der Wohnsiedlung Kapellenstraße 35-37 wird nun, auch mit Ihrer Zustimmung, ein interkonfessioneller Friedhof angelegt.

Allerdings befindet sich die geplante Anlage im direkten Blickfeld der im Betreff erwähnten Hochhäuser. Zweifelsfrei ist der Tod die einzige Konstante in unser aller Leben und die folgenden Bestattungszeremonien sind immer auch ein Exponent des individuellen wie auch des kulturellen Zugangs zu diesem Thema.

Jedenfalls wohnt Beisetzungen immer der Zweck des würdevollen Abschiednehmens für die Hinterbliebenen inne. Außer Zweifel steht daher auch, dass dementsprechend Platz benötigt wird, weshalb Friedhöfe angelegt und gepflegt werden müssen.

Nur extreme Ignoranten können diese Notwendigkeiten verleugnen. Allerdings sind nun die Bewohner der oben genannten Siedlung mit einem Extrem anderer Art konfrontiert. Sie haben als Hochhausbewohner derzeit uneingeschränkte Sicht auf den geplanten Friedhof. Sollte dieser von den in Graz lebenden Migranten tatsächlich, wie erhofft, angenommen werden, so werden demnächst im engeren Blickfeld der Anrainer regelmäßig Bestattungszeremonien zu verfolgen sein.

Ohne also dieses Thema verdrängen zu wollen, so erscheint es doch nachvollziehbar, dass die, womöglich tägliche, Auseinandersetzung mit Bestattungszeremonien und Trauerfeiern bei den Hausbewohnern nicht widerspruchslos hingenommen wird. Auch ich gestehe ein, dass eine derartige Vorstellung meine Stimmung erheblich trüben würde.

Eine hilfreiche Maßnahme in dieser Angelegenheit wäre das nachhaltige Ansetzen von Bäumen und Büschen, um die freie Sicht etwas einzuschränken. Aufgrund der Nachvollziehbarkeit der vorgebrachten Bedenken wäre dies eine einfache und rasch umsetzbare Lösungsvariante, um den Anregungen der betroffenen Anwohner zu entsprechen. Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, den interkonfessionellen Friedhof in der Kapellenstraße mit Bäumen und Büschen, die durch ihre Beschaffenheit und Wuchs einen tauglichen Sichtschutz darstellen, zu umrahmen.

19) Unfallgefahrenstelle im GVB-Haltstellenbereich

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus aktuellem Anlass eines Unfalles, der in der Schönbrunngrasse vor nicht einmal

vierzehn Tagen passiert ist mit einem Schwerverletzten im Haltestellenbereich der GVB, wo Straßenverkehr, Zebrastreifen und eben die Straßenbahn, die sich in der Haltestelle ganz normal befand und stehend war, ereignet hat, ist die Problematik, sowohl für Fußgänger als auch für die Autofahrer in solchen Situationen eklatant weil einfach Sichtbehinderungen für beide Verkehrsteilnehmer da sind und ich stelle daher den

A n t r a g

namens der freiheitlichen Fraktion: Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, eine Projektgruppe einzusetzen, die Gefahrengelände im Haltestellenbereich im Grazer Stadtgebiet dokumentieren und basierend darauf auch Lösungsvorschläge erarbeiten. Die zu Tage geförderten Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren gesetzeskonformen Verwendung vorzulegen. Danke sehr (*Applaus FPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Schönbrunnungasse ereignete sich erst vor wenigen Wochen im Bereich der dortigen GVB-Haltestelle ein schwerer Unfall, der bei besserer Beschilderung durchaus vermeidbar gewesen wäre.

Während sich die Straßenbahn noch im Haltestellenbereich befand, querte ein Fußgänger auf einem gekennzeichneten Schutzweg bzw. Zebrastreifen die Straße. Einem stadteinwärts fahrenden Autofahrer war die Sicht auf den Fußgängerübergang durch die Straßenbahn verstellt, sodass er diesen und tragischerweise auch den Fußgänger übersah und Letzteren in der Folge schwer verletzte.

Nach Diskussionen mit Exekutivbeamten gelangte ich zu der Ansicht, dass eine zusätzliche, vielleicht auffällig blinkende Beschilderung, welche auch ersichtlich ist,

wenn sich Straßenbahnen im Haltestellenbereich befinden, in dieser Problemstellung eine taugliche und somit auch lebenserhaltende Maßnahme sein könnte.

Leider ist der hier geschilderte Fall kein Einzelfall, genauso wie auch die eben dargestellte Haltestelle in dieser Art an mehreren Orten in Graz zu finden ist.

Verbesserungen wären also im gesamten Stadtgebiet vorzunehmen. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, eine Projektgruppe einzusetzen, um die Gefahrengebiete im Haltestellenbereich im Grazer Stadtgebiet zu dokumentieren und basierend darauf konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die zu Tage geförderten Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren gesetzeskonformen Verwendung vorzulegen. Danke (*Applaus FPÖ*).

20) Tastbare Stadtpläne in den Stadtbezirken für Menschen mit Behinderung

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Mitglieder des Stadtsenates, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Tribüne! Mein erster Antrag betrifft tastbare Stadtpläne in den Stadtbezirken für Menschen mit Sehbehinderung. Die Stadt bemüht sich ja dankenwerterweise schon seit jeher, Einrichtungen, also Initiativen, zu gestalten, die das Leben beeinträchtigter und behinderter Menschen erleichtert und unterstützen, und auch für hochgradig sehbehinderte und blinde Menschen wurde bereits vom Kurt dankenswerterweise und lobenswerterweise ja die Idee „Graz begreifbar machen“, entwickelt und auch umgesetzt, aber eine weitere wichtige Hilfe für sehbehinderte und blinde Menschen, die Stadt Graz plastischer und begreifbarer zu machen, sind sogenannte tastbare

Stadtpläne. Ein solcher existiert bereits beim Odilienzentrum und auch am Jakominiplatz, jedoch gibt es für die Bezirke, für die kleinen im Bezirksrahmen aufgestellten Pläne hier noch nichts. Also diese tastbaren Pläne unterscheiden sich von dem für Sehende natürlich durch zusätzliche Informationen. Auf diesen Reliefplänen kann man dann Gehsteige, Stiegen, öffentliche Gebäude, Arztpraxen, Geschäfts- und Gaststädten ertasten. Sinnvoll wäre es auch, jene Pläne zentral im jeweiligen Bezirk, also beispielsweise an Hauptplätzen und Endstationen, aufzubauen. In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

A n t r a g :

Die Mitglieder der Stadtregierung werden aufgefordert, adäquate tastbare Pläne für Menschen mit Behinderung für die Grazer Bezirke erstellen zu lassen und sie an geeigneten, zentralen Standorten in den 17 Bezirken aufzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz bemüht sich seit jeher, Einrichtungen und Initiativen zu gestalten, die das Leben beeinträchtigter und behinderter Menschen erleichtern und unterstützen sollen. Erst kürzlich wurde nach einem Antrag des BZÖ der Adaptierung des Schloßbergliftes mit einem Euroschlüssel zugestimmt.

Für hochgradig sehbehinderte und blinde Menschen wurde bereits die Idee „Graz greifbarer machen“ entwickelt und umgesetzt.

Eine weitere wichtige Hilfe für sehbehinderte und blinde Menschen, die Stadt Graz plastischer und begreifbarer zu machen, ist ein tastbarer Stadtplan. Ein solcher steht bereits beim Odilienzentrum in Graz und zeigt die Stadt großflächig vom LKH bis zum Hauptbahnhof. Tastbare Pläne für die Grazer Bezirke gibt es leider nicht. Aber

gerade im kleinen Bezirksrahmen würden solche Reliefpläne eine wichtige Orientierungshilfe bringen und wären ein hilfreicher Beitrag zur Mobilität im Bezirk.

Die tastbaren Pläne unterschieden sich nämlich von dem für Sehende durch zusätzliche Informationen. So findet man auf diesen Reliefplänen Gehsteige, Stiegen, öffentliche Gebäude, ampelgeregelte Kreuzungen, Ärztepraxen, Geschäfts- und Gaststätten, kurz, all jene Informationen, die wichtig sind, wenn man anhand des Planes einen Bezirks kennenlernen und erkunden möchte. Diese Pläne würden eine unverzichtbare Hilfe zur Bewältigung des täglichen Lebens darstellen.

Sinnvoll wäre es, jene Pläne zentral im jeweiligen Bezirk, also beispielsweise an Hauptplätzen und Endstationen, aufzubauen. Diese tastbaren Bezirkspläne würden nicht nur einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Mobilität und Orientierung für Sehbehinderte und Blinde leisten, sie würden vielmehr einen weiteren wichtigen Schritt zur Unabhängigkeit von blinden Menschen bedeuten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigen Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Die Mitglieder der Stadtregierung werden aufgefordert, adäquate tastbare Pläne für Menschen mit Behinderung für die Grazer Bezirke erstellen zu lassen und sie an geeigneten, zentralen Standorten in den Bezirken aufzustellen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf noch ganz kurz einen netten Gast auf der Tribüne, auf dem Balkon begrüßen, unseren ehemaligen Gemeinderat Heinz Hammer, Gemeinderat in der letzten Gemeinderatsperiode (*allgemeiner Applaus*).

21) Warnanlagen bei Fußgängerübergängen mit Druckknopfampel im Bereich von Schulen

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Der Antrag dreht sich um Warnanlagen bei Fußgängerübergängen mit Druckknopfampel im Bereich von Schulen. Ich möchte hier gleich zum Antragstext kommen:

Die zuständige Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob bei Fußgängerübergängen im Bereich von Schulen eigene Warnanlagen angebracht werden können, um so die Sicherheit von Kindern zu erhöhen. Dankeschön.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Aktuelle Verkehrsunfallstatistiken zeigen, dass es eine immens hohe Anzahl von Unfällen mit Fußgängerbeteiligung gibt. Mehr als ein Viertel verunglückte auf einem geregelten oder ungeregelten Schutzweg. Eine besonders gefährdete Altersgruppe sind Kinder, die hier besonders zu schützen sind.

Um die Sicherheit der Kinder im Bereich von Fußgängerübergängen bei Schulen zu erhöhen, wären eigene Warnanlagen wie zum Beispiel gelb blinkende Bodenbeleuchtungen bei den jeweiligen Fußgängerübergängen eine ideale Präventivmaßnahmen, um hier Unfälle zu minimieren.

Das Projekt „blinkende Bodenbeleuchtung im Bereich von Fußgängerübergängen“ wurde ja bereits in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße sehr erfolgreich umgesetzt. Durch diese blinkende Bodenbeleuchtung hat sich die Unfallsituation auf diesem Straßenabschnitt erheblich verbessert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsreferentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, wird aufgefordert zu überprüfen, ob bei Fußfängerübergängen im Bereich von Schulen eigene Warnanlagen angebracht werden können, um so die Sicherheit von Kindern zu erhöhen.